Gesetz-Sammlung bie Juliung kebie der belden, die gegenwahrt, C. Lächng abgebenden Reglemme gewenn Angebeng ber Gebaebung vich rückeine kan hierabien, velezioner,

Königlichen Preußischen Staaten.

ned defined during No. 2.

(No. 393.) Erklarung wegen Aufhebung bes Abschoffes und Abzuges zwischen fammflichen Roniglich : Preußischen und Roniglich : Sannoverschen Landen. 16ten September 1816. --- omientellen nigen perentied (188 auch)

Nachdem die Königlich. Preußische Regierung mit der Königlich = Hannoverfchen babin übereingefommen ift, gegenfeitig ben Abschof und bas Abfahrtsgelb allgemein und ganglich aufzuheben; fo erklaren beide gedachte Regierungen, daß

1) bei feinem Bermogensausgang aus fammtlichen Roniglich : Preufischen Landen in die Roniglich = Bannoverschen Lande, oder aus diefen in jene. es mag fich folcher Ausgang burch Auswanderung, ober Erbschaft, ober Legat, oder Brautschat, ober Schenfung, ober auf andere Urt ergeben. irgend ein Abichoß (gabella hereditaria) oder Abfahrtegeld (census emigrationis) erhoben werden foll.

2) Daß die vorstehend bestimmte Freizugigkeit sich sowohl auf benjenigen Abichof und auf Dasjenige Abfahrtsgeld, welches in Die Landesherrlichen Raffen fliegen wurde, als auf benjenigen Abschof und auf basjenige Abfahrtsgelb erftrecken foll, welches in die Raffen der Stadte, Markte. Rammereien, Stifter, Rlofter, Gotteshaufer, Patrimonialgerichte und Rorporationen fliegen wurde.

Die Ritterautsbefiger in ben beiberfeitigen refp. Roniglich = Preufifchen und Koniglich = Hannoverschen Landen werden demnach, gleich allen Privatberechtigten in den gedachten Landen, der gegenwärtigen Bereinbarung untergeordnet, und durfen bei Erportationen in die gegenseitigen vorbenannten Lande weder Abschof noch Abfahrtsgeld fordern, noch nehmen.

3) Daß die Boffinmungen der obstehenden Urtikel I. und 2. fich auf alle jeto pendente und auf alle kunftige Kalle erftrecken follen.

4) Dag die Freizugigfeit, welche im obigen I., 2. und 3. Artifel bestimmt

ift, fich nur auf das Bermogen beziehen foll.

Es bleiben bemnach, diefes Uebereinkommens ungeachtet, Diejenigen Befete in beiberfeitigen Staaten in ihrer Kraft befteben, welche bes Auswan-Jahrgang 1817.

bernden personliche Verpflichtungen zum Kriegsbienste betreffen, und wird auch für die Zukunft feine der beiden, die gegenwärtige Erklarung abgebenden Regierungen, in Ansehung der Gesetzgebung über die Pflicht zu Kriegsdiensten, beschränkt.

Gegenwärtige, im Namen Seiner Majestät des Königs von Preußen und Seiner Majestät des Königs von Hannover, zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung, Kraft und Wirksamkeit in den gesammten Königlich=Preußischen und Königlich=Hannoverschen Landen haben. Berlin, den 16ten September 1816.

Der Staatskanzler E. Fürst v. Hardenberg.

(No. 394.) Erklärung wegen Ausbehnung ber seit 1812. zwischen ber Königlich = P usisschen und ber Herzoglich=Sachsen=Roburgschen Regierung bestehenden Freistängigseite = Uebereinkunft auf sammtkiche jetzige Königlich = Preußische und Herzoglich = Sachsen = Koburgsche Lande. Bon 6ten Oktober 1816.

Rinfold : President und numgelb : Gaunberfleen Landen.

Da die Königlich = Preußische Regierung mit der Herzoglich : Sach sen = Ros burgichen Regierung dabin übereingefommen ift, daß gegenseitig ber Abschoß bei Erb= und Bermachtniffallen und bas Abfahrtsgeld in allen denjenigen fallen, in welchen die Auswanderungen aus den Koniglich : Preufischen Landen nach den Herzoglich-Sachsen-Roburgschen Landen und aus diesen in jene erlaubt find, ohne Unterschied, ob die Ergebung bem Fiefo oder Privatberechtigten, Rommunen, oder Patrimonalgerichten zustehe, aufhören foll; fo erklaren jest beide gedachte Regierungen, daß die gedachte, zwischen ihnen am 10ten Februar 1812. abgeschloffene Freizugigkeite- Uebereinkunft, auch auf fammtliche jetige jum deutschen Bunde gehörige, und zu demfelben nicht gehörige Roniglich= Preugische Staaten ausgedehnt fenn, und daß in allen benjenigen innerhalb der Koniglich : Preugischen Staaten jest etwa anhängigen und funftig vorkom= menden Erbichafts-, Bermachtnig = und Bermogens : Erporations : Fallen, wo die Berabfolgung nach ben Bergoglich : Sachfen : Roburgichen Landen, und in allen bergleichen Källen, mo bie Berabfolgung aus biefen nach jenen geschieht, in Gemäßheit der gegenwärtigen Uebereinkunft verfahren werden foll.

Gegenwärtige, im Namen Sr. Majestät des Königs von Preußen und Seiner Durchlaucht des Herrn Herzogs zu Sachsen-Roburg, zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung soll, nach erfolgter gegenseitiger Aus-wechselung, Kraft und Wirksamkeit in gefammten Königlich-Preußischen und Herzoglich-Sachsen-Koburgschen Landen haben. Berlin, den 6. Oktober 1816.

magnaziside, propagnur summonnia E. Fürst v. Hardenberg.

(No. 3951)

(No. 395.) Erklärung wegen Ausbehnung ber feit 1812. zwischen ber Königlich : Preufiich ich ich gerzoglich : Naffauischen Regierung bestehenden Freizügigkeitsteich ist Bebereinkunft auf sanntliche jetzige Königlich : Preufische und Herzoglich : Naffauische Länder. Bom 31sten Oktober 1816.

Die Königlich-Preußische Regierung und die Herzoglich-Nassauische Regierung sind mit einander dahin übereingekommen und erklären hiemit: daß gegenseitig der Abschoß bei Erb= und Bermächtniß-Fällen, und das Absahrtsgeld in allen densenigen Fällen, in welchen die Auswanderungen aus den Königlich-Preußischen nach den Herzoglich-Nassauischen Landen, und aus diesen in jene erlaubt sind, ohne Unterschied, ob die Erhebung dem Fissus oder Privatberechtigten, Kommunen oder Patrimonialgerichten zustehe, aufhören soll, und daß die dieserhald im Jahre 1812. zwischen der Königlich-Preußischen-Regierung und der Herzoglich-Nassauschen Regierung abgeschlossene Uebereinfunft, auf sämmtliche jeß ge Königlich Preußische und Herzogslich-Nassausschlossene Landen Unwendung sinden, daß mithm in allen densenigen, innerhald der resp. Königlichen und Herzoglichen Lande, jeht etwa anhängigen und künstig vorkommenden Erbschafts-, Vermächtniß- und Vermögenß-Berabsolgungß-Fällen auß dem einen in den andern Staat, in Gemäßheit jener Uebereinfunst verfahren werden soll.

Gegenwärtige Erklarung soll, nachdem sie in gleichlautenden Eremplarien, von dem resp. Königlich- Preußischen und Herzoglich Nassauschen Ministerium vollzogen und ausgewechselt worden, durch öffentliche Bekanntmachung in den beiderseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, ben 31ften Oftober 1816.

THE STATE PARTY AS

Der Staatskanzler . Hardenberg.

(No. 396.) Publikandum wegen wechfelseitiger Aushebung des Abschoffes und Abfahrtsgesdes zwischen ben Koniglich Preußischen Staaten und den Fürstlich-Waldeckschen Landen. Vom 22sten Dezember 1816.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen 2c. 2c.

Urkunden und bekennen hiermit für Uns und Unsere Nachfolger, daß Wir mit Seiner Durchlaucht dem Herrn Fürsten von Waldeck wegen gegenseitiger Aushebung des Abschosses und Abfahrtsgeldes, einen Freizügigkeits-Bertrag folgenden Inhalts abgeschlossen haben:

Artifel I.

Bei keinem Bermögens : Ausgang aus Unsern Landen in die Fürstlich= B 2 Wal-

Waldeckschen Lande, oder aus diesen in jene, es mag sich solcher Ausgang durch Auswanderung, oder Erbschaft, oder Legat, oder Brautschaß, oder Schenfung, oder auf andre Art ergeben, soll irgend ein Abschoß (gabella hereditaria) oder Absahrtsgelb (census emigrationis) erhoben werden.

Artifel 2.

Diese Freizügigkeit soll sich sowohl auf denjenigen Abschoß und auf daszenige Absahrtsgeld, welche in die landesherrlichen Kassen sliegen würden, als auf denjenigen Abschoß und auf dasjenige Absarthsgeld erstrecken, welche in die Kassen der Städte, Märkte, Kämmereien, Stifter, Rloster, Gotteshäuser, Patrimonialgerichte und Korporationen sliegen wurden.

Die Nittergutsbesitzer in den beiderseitigen resp. Unsern und den Fürstlich-Waldeckschen Landen werden demnach, gleich allen Privatberechtigten in den gedachten Landen, der gegenwärtigen Vereinbarung untergeordnet, und dürfen bei Exportationen in die gegenseitigen vorbenannten Lande, weder Abschoff, noch Abfarthögeld fordern, noch nehmen.

Artifel & 3. Armanie rooms rommiglie einfr

Die Bestimmungen ber vorstehenden Art. 1. und 2. sollen sich auf alle jest anhängige und auf alle kunftige Källe erstrecken.

the one autrifet, ha 41110 due noung salample and the

Die in den obigen Artikeln 1. 2. und 3. bestimmte Freizügigkeit soll sich nur auf das Bermögen beziehen. Es bleiben demnach, dieser Ueberzeinkunft ungeachter, diesenigen Königlich-Preußischen und Fürstlich-Walbechschen Gesetze in ihrer Kraft bestehen, welche die Person des Auswandernden, seine personlichen Pflichten, seine Verpflichtungen zum Kriegsbienste betreffen, und welche jeden Unterthan dei Strafe auffordern, vor der Auswanderung um Bewilligung derselben seinen Landesherrn, der vorzgeschriebenen Ordnung gemäß, zu bitten.

In dieser Hinsicht soll auch für die Zukunft in dieser Materie der Gesetze, über die Pflicht zum Kriegsdienste und über die persönlichen Pflichten der Luswandernden, keine der beiden die gegenwärtige Konvention abgeschlossen habenden Regierungen, in Ansehung der Gesetzgebung in den resp. Landen beschränkt werden.

Die Auswechselung und Bekanntmachung dieser urkundlich von Und, unter beigedrucktem Königlichen Insiegel eigenhandig unterschriebenen Freizugigkeits Konvention tragen Wir Unserm Staatskanzler auf.

Gegeben Berlin, den 22sten Dezember 1816.

the remain Bernel, ereself nonerly and limiter Canbon in die Flarifice

·被自然的的特殊的行行。11.000

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg.

(No. 397.) Erklarung wegen Aufhebung bes Abschoffes und Abfahrtsgelbes zwischen fammtlichen Königlich = Preußischen und Großherzoglich = Sachsen = Weismarschen Landen. Bom 23sten Dezember 1816.

Dachdem die Königlich-Preußische Regierung mit der Großherzoglich-Sachfen-Weimurschen Regierung darüber übereingekommen ist, gegenseitig den Abschoß und das Absahrtsgeld aufzuheben; so erklaren jest beide gedachte

Regierungen, daß:

1) bei keinem Vermögenkaußgang aus den Königlich = Preußischen Landen in die Großherzoglich = Sachsen = Weimarschen Lande, oder aus diesen in jene, es mag sich solcher Ausgang burch Auswanderung, oder Erbschaft, oder Legat, oder Brautschaß, oder Schenkung, oder auf andere Art erzeben, irgend ein Abschoß (gabella hereditaria) oder Absarthsgeld

(census emigrationis) erhoben werden foll.

- 2) Daß die vorstehend bestimmte Freizügigseit sich sowohl auf bensenigen Abschoß und auf dasjenige Absahrtsgeld, welche in die landesherrlichen Rassen sließen würden, als auf denjenigen Abschoß und auf dasjenige Absahrtsgeld erstrecken soll, welche in die Rassen der Städte, Märkte, Kämmereien, Stifter, Klöster, Gotteshäuser, Patrimonialgerichte und Korporationen sließen würden. Die Rittergutsbesitzer in den beiderseitigen resp. Königlich-Preußischen und Großherzoglich-Sachsen-Weimarsschen Landen werden demnach, gleich allen Privatberechtigten in den gesbachten Landen, der gegenwärtigen Vereinbarung untergeordnet, und dürsen bei Exportationen in die gegenseitigen vorbenannten Lande weder Abschoß noch Absahrtsgeld fordern, noch nehmen-
- 3) Daß die Bestimmungen der obenstehenden Artikel I, und 2: sich auf alle jest anhängige und auf alle kunftigen Falle erstrecken follen.

4) Daß die Freizugigkeit, welche im obigen Isten, 2ten und 3ten Artikel

bestimmt ift, sich nur auf das Bermogen beziehen soll.

Es bleiben bemnach, dieses llebereinkommens ungeachtet, diesenigen Réniglich: Preußischen und diesenigen Großherzoglich-Sachsen-Weimarschen Gesetze in ihrer Kraft bestehen, welche die Person des Auswandernden, seine personlichen Pslichten, seine Verpslichtungen zum Kriegsdienste betreffen, und welche jeden Unterthan bei Strase auffordern, vor der Auswanderung um die Bewilligung dersselben seinen Landesherrn, der vorgeschriebenen Ordnung gemäß, zu bitten.

Es wird auch fur die Zukunft in dieser Materie der Gesetze, über die Pflicht zum Kriegsdienste und über die personlichen Pflichten des Auswandernsten, teine der beiden die gegenwartige Erklarung abgebenden Regierungen,

in Unfebung ber Gefetgebung in ben resp. Landen befchrankt.

Gegenwärtige, im Namen Seiner Majestat des Königs von Preußen; und Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Sachsen-Weimar zweismal

mal gleichlautend ausgefertigte Erklarung foll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechtelung, Kraft und Wirksamkeit in den gesammten Königlich = Preußisschen und Großherzoglich = Sachsen = Weimarschen Landen haben.

Berlin, den 23sten Dezember 1816.

and gitieftagen ift neumodenniered redired Den Staatskanzlermit de nie etwates gebeid icht nerdlitze et inededa. Ein Fürstebe hardenberg.

Regierungen .. bog:

(No., 398.) Erklärung wegen Ausbehnung ber seit 1811. zwischen ber Königlich Preußisschen Regierung und der Herzoglich Anhalts Dessauschen Regierung besteschenden Freizügigkeite-Uebereinkunft, auf sammtliche jetzige Königlich-Preussische und Herzoglich Anhalts Dessausche Anders Wom 23sten Dezember 1816.

T) bei keinem Berendgenkanngang aus bemiglich . Preugischen Landen

Die Königlich- Preußische Regierung und die Herzoglich-Unhalt- Deffauische Regierung find mit einander dahin übereingekommen und erklaren biermit:

Daß gegenseitig der Abschoß bei Erb= und Bermächtnissällen und das Abfahrtsgeld in allen benjenigen Fällen, in welchen die Auswande=rungen aus den Königlich=Preußischen nach den Herzoglich=Anhalt=Dessauissichen Landen, und aus diesen in jene, erlaudt sino, ohne Unterschied, ob die Erhebung dem Fissus oder dem Privatberechtigten, Kommunen oder Patrimonalgerichten zustehe, aufhören soll, und daß die dieserhalb im Jahre 1811. zwischen der Königlich=Preußichen und der Herzoglich=Unhalt=Dessausschen Regierung abgeschlossene Uebereinkunft auf sämmtliche jetzige Königlich=Preußische und Herzoglich=Anhalt=Dessaussche Anwendung sinsben, das mithin in allen denzenigen, innerhalb der resp. Königlichen und Herzoglichen Lande jetzt etwa anhängigen und künstig vorsommenden Erbschafts=, Bermächtniß= und Bermögens=Berabsolgungsfällen aus dem einen in den andern Staat, in Gemäßheit jener Uebereinsunft verfahren werden soll.

Gegenwärtige Erklarung soll, nachdem sie in gleichlautenden Eremplaren von dem Königlich-Preußischen Ministerium und von der Herzoglich-Unhalt-Dessausschen-Landesregierung vollzogen und ausgewechselt worden, durch öffentliche Bekanntmachung in den beiderseizigen Landen Kraft und Wirksamkeit erhalten.

ind Einer Renighelten Folget die Großfregogs von Sadgweitstumne zuei

Berlin, den 23sten Dezember 1816.

Der Staatskanzler C. Fürst v. Hardenberg.

(No. 399.) Berordnung, betreffend bie Tobeserklarung berjenigen Militairperfonen, beren Tob and har bei in ben letten Rriegen mahrfcheinlich erfolgt ift, aber nicht erwiesen werben and it die nied i kann, simgleichen bie Befugniß ber Chefrauen ber nicht gurudgetehrten Militairpersonen, auf Scheidung anzutragen. Bom 13ten Januar 1817.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Inaden, König von mandle nonioning diPrengen ic. ic. die rode naa mit tehn die dad Aiste group franch und fügen hiermit zu wissen:

Aus den beiden letzten Kriegen sind mehrere Militairpersonen zu ihren Kamilien nicht guruckgefehrt, die entweder in diefen Rriegen ihren Tob gefunben haben, ohne daß folder ftreng nachgewiesen werden kann, ober die aus unzulaffigen Grunden noch ferner von ihrem fonftigen Wohnorte entfernt bleis ben, und ihren jegigen Aufenthalt verschweigen.

Die Beforderung bes bauslichen Boblstandes und Familiengluckes macht es nothwendig, ben zuruckgebliebenen Ghefrauen und Ungehörigen folcher Dilitairpersonen die Mittel zu erleichtern, wodurch sie den nachtheiligen Folgen der Ungewißheit über das Leben bes Abmefenden, ober über feinen bermaligen

Aufenthalt vorbeugen konnen. Wir verordnen bemnach Folgendes:

beix bein ouverion burch einen, über alle Eine

Es foll bei der Borschrift des Kandrechts Theil II. Tit. 1. S. 35., wornach es zum Beweise bes Tobes hinreicht, wenn Jemand im Rriege eine schwere Bunde erhalten bat, und innerhalb eines Jahres nach geschloffenem Frieden von feinem Leben ober Aufenthalt keine Nachricht eingegangen ift, noch ferner verbleiben-

900 I notstojio emirik mi danio \$-1072. Wenn feine schwere Verwundung nachgewiesen, burch ein Atteft bes Rommandeurs ober Regiments-Chefe aber bescheiniget ift, bag eine Militair= person im Rriege verwundet worden, oder daß eine Rrantheit sie befallen habe, und daß fie wegen diefer Berwundung oder Krankheit zum Lagareth bestimmt worden, ferner daß dieselbe bis jest als wiederhergestellt sieh nicht gemeldet habe; fo foll ber Chefrau und den Bermandten freifteben, auf eine Gbiftal= Borladung und Todes-Erklarung mit Beffimmung eines breimonatlichen Termins und dreimaliger Bekanntmachung deffelben in ben öffentlichen Blattern alsbann anzutragen, wennenn der Zwischenzeit auch sonft keine Nachricht von bem Leben und Aufenthalte des Bermundeten oder Kranken eingegangen ift.

that ber Albavelande ber Deferdon Mulbig genacht, fo find Eine gleiche Befugnif fiebet ber Chefrau und den Berwandten einer folchen Militairperfon zu, von welcher durch ein Atteft des Rommandeurs ober Regiments Chefs nachgewiesen ift, daß dieselbe nach einer Schlacht, einem Gefechte, Schar= mutel oder Ruckzuge, imgleichen nach einem ausgeführten oder fehlgeschlagenen Sturm auf eine Feffung, Schange, Batterie, auf ein Lager oder einen fonstigen Plat, wobei fie gegenwartig gewesen, vermist worden, und daß seit dieser Zeit keine weitere Nachricht von ihr eingegangen seben us dinke &

6. 4.

Eben basselbe findet statt, wenn zwei andere Militairpersonen bezeugen, daß sie den Bermißten in der Aktion haben fallen sehen, und wenn von dem Leben oder Aufenthalte einer solchen gefallenen Person auch sonst nichts in Erfahrung gebracht ist.

Was in vorstehenden Js. I bis 4. von Militairpersonen überhaupt verordnet ist, das gilt nicht nur von Ober= und Unter=Offizieren und geineinen Soldaten, sondern auch von Kriegesbeamten, Knechten, Schanz= und andern Arbeitern, im= gleichen von dem Gesinde der Militairs, und von allen solchen Personen, welche dem Lager und der Armee folgen mussen.

Den Gerichten liegt ob, in allen diesen Fällen $\S.2-\S.$ auf den Antrag der Chefranen und der Verwandten die Ediktal=Vorladung zu verfügen, und auf die Todeserklärung nach Lage der Akten zu erkennen. Es versteht sich jedoch von selbst, daß diesenigen, welche die Todeserklärung in Antrag gebracht haben, vor der Abkassung des Erkenntnisses, nach Anleitung der Allgemeinen Gerichtsordnung Theil I. Tit. 37. §. 50. No. 3. nochmals vernommen, und zur eidlichen Bestärfung ihrer Angabe, daß sie von dem Leben und Aufenthalte des Vorgeladenen teine Nachricht erhalten haben, angehalten werden mussen.

Ist der wirklich erfolgte Tod der Militairperson durch einen, über alle Einwendung erhabenen Zeugen nachgewiesen; so soll der Beweis dieses Todes für vollständig geführt erachtet werden, wenn diese Bescheinigung noch durch den J. 6. erwähnten Sid dessenigen bestätiget wird, der bei der Beweisführung dieses Ablebens das nächste Interesse hat.

Diese Vorschrift gilt nicht blos für Fälle aus den letzten beiden Kriegen, sonbern auch für alle frühere und fünftige Fälle eines im Kriege erfolgten Todes.

Kann die Chefrau eines Militairs keine der vorerwähnten Bescheinigungen beibringen; so soll ihr doch erlandt seyn, auf Trennung der Ehe wegen böslicher Verlassung, und zu diesem Behuf auf Ediktal= Citation alsdann anzutragen, wenn der Chemann innerhald eines Jahres nach geschlossenem Frieden nicht zurückgekommen ist, noch von seinem Leben und Aufenthalt Nachricht gegeben hat, auch von dem Chef des Reginnents, dei welchem der Chemann zulest gestanden, die Abwesenheit desselben bescheiniget ist, und soll in diesem Falle, ohne weitere Bescheinigung des Vorsahes der böslichen Verlassung, nach Vorschrift der Allg. Gerichtsproduung Theil I. Tit. 40. SS. 59. und 60. verfahren werden.

Hat sich der Abwesende der Desertion schuldig gemacht, so kindet in Absicht ber, der zurückgebliebenen Chefrau zustehenden Befugniß, auf Trennung der Che anzutragen, die Borschrift des S. 80. des Anhanges zum Allg. Landrecht Anwendung. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucksem

0. 9.

Roniglichen Insiegel. Gegeben Berlin, den 13ten Januar 1817.

(L.S.) Friedrich Wilhelm. C. Fürst v. Hardenberg. v. Kircheisen. Graf v. Vülow. v. Schuckmann. W. Fürst zu Wittgenstein. v. Vopen.